

Er scheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis monatlich 50 J., 1/2 jährlich 1.50 J. pro annua frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 J.

„Die Neue Welt“ (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beschickbar, kostet monatlich 10 J., 1/2 jährlich 30 J.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telefon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telefon Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr. 145

Freitag den 25. Juni 1897.

8. Jahrg.

Arbeiter allerorten, getrennt der streikenden Bergleute!

Arbeiter, Parteigenossen!

Küßt die nächsten Tage zur Gewinnung neuer Abonnenten! So lange nicht das Arbeiterblatt in jeder Arbeiterwohnzone zu finden ist, so lange noch bürgerliche Blätter von Arbeitern unterstützt werden, so lange darf kein Parteigenosse die Hände in den Schoß legen!

Woher kommt es, daß wir selbst in den Kreisen, für die wir wirken und mit denen wir wirken können, wollen wir zum endlichen Siege gelangen, noch auf so viele Unkenntnis in wirtschaftlichen und politischen Fragen stoßen? Wie kommt es, daß so viele Proletarier noch nicht überzeugte Anhänger der proletarischen Partei sind? Einzig daher, weil sie der Billigkeit oder des „vielen Papiers“ halber statt des Arbeiterblattes ein anderes Organ lesen, aus ihm ihre Kenntnis der Tagesfragen schöpfen, von ihm sich über politische und wirtschaftliche Fragen belehren lassen. Aber seit wann nimmt das Laianen den Wolf zum Hühnerfresser? Seit wann hat sich der Betrogene bei dem Rat, der ihn benachteiligt hat?

Und die bürgerliche Presse betritt und benachteiligt den Arbeiter fortgesetzt dadurch, daß sie ihn einludt, daß sie ihn von Erkenntnis des wahren Zusammenhangs aller wirtschaftlichen Fragen abhält, daß sie seine Aufmerksamkeit von den wichtigsten Dingen ablenkt und sie auf nebensächliche Dinge zu richten bestrahlt. Die bürgerliche Presse verschleiern die Wahrheit in wirtschaftlichen und häufig genug auch in politischen Fragen; sie muß es thun, weil sie sonst der Unterstützung der Herrschenden verlustig geht, ohne die sie nicht bestehen kann.

Gedenkt, Parteigenossen, der langen Reihe von Vorformulieren, die uns in den letzten Monaten so nahe gegangen sind und erinnert Euch der Stellung, die sämtliche bürgerliche Blätter dazu nahmen. Hat auch nur ein dieser Blätter protestiert, als voriges Jahr durch einen Federstich 1400 Proletarier, denen man eben erst das Bürgergeld abgenommen hatte, entzweit und aus der Bürgerliste gestrichen wurden? Mit nichten!

Wie war es beim Hamburger, beim Weissenfelder und wie ist es jetzt beim Bergarbeiterstreik? Zum Teil nahmen und nehmen zu allen diesen großen Bewegungen die Blätter eine direkt feindliche Stellung ein; im übrigen Falle beachten sie eine dem Unternehmertum günstige Realpolitik. Und erheben nur ein Blatt von ihnen keine Stimme gegen Bergverwahrung der Arbeiter? Mit nichten!

Sieht die Spalten der bürgerlichen Presse durch, Genossen! Lange Verläufe findet Ihr da über Jubiläen und Feste in bürgerlichen Kreisen. Wo aber wird den Bestrebungen der Arbeiter gebührender Platz eingeräumt? Ihrem Sehnen und Wünschen, ihren Beschwerden und Klagen? Nichts!

Sich so der Arbeiterchaft gegenüber zu verhalten, ist ja das ganz Recht der bürgerlichen Presse. Gerade so viel Arbeiterfreundlichkeit zur Schau zu tragen, daß die Arbeiterabonnenten nicht abbringen, gebietet ihnen die geschäftliche Klugheit. Aber will der Arbeiter mit der Schale vorlieb nehmen, wenn er den Kern haben kann? Will er gebildet sein, wo er gebietet kann? Will er denen das Leben verlängern und verschönern, deren Lebensaufgabe es ist, ihn in Abhängigkeit zu erhalten? Will er dem Feinde die Waffen reichen? Gewiß wird keiner so töricht sein, das zu wollen, und doch ist es alle die, welche als Proletarier ein bürgerliches Blatt abonnieren, während sie ihr eigenes Organ, das Arbeiterblatt unberücksichtigt lassen.

Parteigenossen! Aus eigener Kraft und unter schweren Kämpfen ist unser Arbeiterorgan das geworden, was es ist! Eure stille Unterstützung und Hilfe, Eure Aufopferung und Fürsorge; ist es gewesen, die das Volksblatt zu so rüstiger Entwicklung trachtete. Noch ist vieles zu verbessern und auszubauen. Hierzu bedürfen wir Eurer Hilfe. Die Stärke unserer Partei hat von jeder darin gelegen, daß jeder auf seinem Plage für die gemeinliche Sache wirkt, jeder ohne Aufheben davon zu machen, alle Gelegenheiten ergreift, anderer Idee neue Anhänger zu werden. Ergreift auch diesmal die Gelegenheit. In jeder Werkstatt, jeder Fabrik, bei jedem Hausbesuch, bei auswärtigen Bekannten, namentlich bei der Landbevölkerung und in den klein- und mittelständigen neuen Leser gewinnen und gewonnen werden. Daß aus den Beeren des Volksblattes bald genug thätige und tüchtige Mitkämpfer für die proletarische Sache werden, dafür liegen Hunderte von Beweisen schon vor und dafür wird auch in Zukunft Sorge getragen werden.

Schon steht unser Volksblatt seiner Abonnentenzahl nach mit in der vordersten Reihe aller deutschen Parteiblätter. Aber wir dürfen nicht ruhen und rasten, immer neue Kräfte zu gewinnen. Wie bald wird die Reichstagswahl da sein? Und wie viele Aufklärungsarbeit ist bis dahin noch zu verrichten, damit die Reaktion durch das Wahlergebnis einen Schlag ins Gesicht erhält, von dem sie sich nicht wieder erholen kann.

Die Zahl von 8600 sozialdemokratischen Stimmen, die vor Jahresfrist in Halle bei der Reichstagswahl abgegeben wurden, genügt bei weitem noch nicht. 11.000, 12.000 können wir haben, müssen wir haben und werden wir haben, wenn jeder Freund unablässig seine Schuldtigkeit thut.

Darum legt Hand an, Freunde! Aus eigener Kraft wollen wir unsere eigene Sache zum Siege führen. Namentlich richtet die bei Gewinnung neuer Abonnenten diesmal sein Augenmerk auf die „Wunderjährigen“, also auf alle, die das 21. Jahr noch nicht erreicht haben. Sie sind zwar den Herrschenden gut genug dazu, Steuern zu zahlen und Soldat zu werden, aber werden hat ihnen die Reaktion das wichtigste Staatsbürgerrecht genommen, sie entrechtet und wie Unmündige behandelt. In Magdeburg haben unlängst bei einem Parteifeste über 400 dieser „Wunderjährigen“, unter denen sich schon viele ausgezeichnete Kräfte und klare Köpfe befinden, auf das dortige Parteibüro abgemerkt. Sorgt, Parteigenossen, dafür, daß im Verwaltungsbezirk des Volksblattes das Gleiche geschehe!

Redaktion und Verlag des Volksblattes für Halle.

Ein von Gott gesandter Mann.

Das Gottesgedenken hat man bisher immer nur für regierende Fürsten in Anspruch genommen, nicht auch für „Unterthanen“, die nach der christlichen Lehre freilich ebenfalls Kinder Gottes sind. Der „christliche Unterthan“ Herr Bobelſchwing in Bielefeld, ist der erste, dem auch Gottesgedankung zuerkannt wird. Der Kaiser nannte ihn in seinem von uns mitgeteilten Trinkspruch nicht nur einen Gottbegnadeten, sondern einen von Gott gesandten Mann. Und weshalb? Weil dieser Mann der Schöpfer der sogenannten Arbeiterkolonien ist, die so wenig dem Interesse des Handwerks entsprechen. Infolge ist ferner, daß die Arbeiterkolonien schon sehr oft höchst ungünstige Kritik in betreff ihrer Einrichtung zu erfahren hatten. Besonders die Pflegsche des Herrn Pastor selbst haben sehr oft solche Kritik geübt. Die Franz. Vgl. konstatiert: „Es sind recht harte Klagen über die dort zu teil werdende Behandlung laut geworden, die dahin gingen, daß die Verpflegung, Pflege und Behandlung in einem starken Mißverhältnis hände zu der schweren Arbeit, die man von ihnen verlange, und daß von einer „Liebes“-Tätigkeit dort wenig zu verspüren sei. Erst neuerdings sind darüber wieder in einer Proklamation Enttüllungen gemacht worden, wegen deren Herr Bobelſchwing, wie er behauptet, gegen den Verfasser Klage angehängt hat. Vielleicht bringt die Gerichtsverhandlung Aufklärungen, welche die Bobelſchwing'schen Anhalteln in der Verpflegung auch derjenigen hrabrechen dürften, die ihren Schöpfer mit einem Heilgenſchein umgeben.“

Die Berliner Volkszeitung erinnert an die bekannten Enttüllungen über die Behandlung der Pflegsche in den Bobelſchwing'schen Idioten-Anstalten, eine Behandlung, welche vom Standpunkt der wissenschaftlichen Vorempfehle sehr scharfe Angriffe erlud. Herr Pastor v. Bobelſchwing ist in theologischer Hinsicht ein Drehbohrer von der Richtung Söderſt; er ist ein Teufels- und Dämonengläubiger, der mit den Anschauungen eines Pater Arculan von Wemding viele Berührungspunkte hat; er vertritt die Ansicht, daß die Heilung von geistig Schwachen und geistig Kranken in erster Reihe sich auf die Austreibung der bösen Dämonen durch „Hionsult“ — wie man sich in seinen Kreisen in der den orthodoxen Theologen eigenen Sprechweise ausdrückt — stützen müsse. Im übrigen sind die Anhalteln des Pastors Herrn v. Bobelſchwing's Zentralitäten der Verbreitung einer streng im Sinne einer pietistischen Bibelgläubigkeit gehaltenen Traktatensliteratur. Soweit Herr v. Bobelſchwing über die Idioten und Epileptikerbehandlung hinaus sich etwa sozialpolitisch beäußert hat, darf er als ein Vertreter der christlich-sozialen Ideen seines unheimlichen Sinnungsgenossen Söderſt gelten.“ Die Volkszeitung erklärt deshalb mit Recht:

„Vom Standpunkte einer liberalen Weltanschauung und einer liberalen politischen Anschauung aus werden alle die-

jenigen, die diese Anschauung teilen, über die Bedeutung des Herrn v. Bobelſchwing für den Kampf gegen den Ultrazismus an anderen Resultaten gelangen müssen, als der Kaiser. Dies offen auszusprechen, ist die Pflicht jedes Mannes, dem keine wohlwollendere Ueberzeugung das Beste und Theuerste ist, was er hat.“

Ohne Zweifel, der Ansicht des Kaisers vom Werte der Bobelſchwing'schen Unternehmungen steht die Ansicht vieler Hunderttausende Staatsbürger ſtark gegenüber.

Reichstag

235. Sitzung vom 23. Juni. 1 Uhr. Präsident von Bülow eröffnet die Sitzung. Am Bundeskanzler: von Bülow, Graf. Ins Haus eingetreten ist der Abg. Gause (soz.). Die dritte Beratung der Handwerkervorlage wird fortgesetzt bei § 91, der von den Innungsſchiedsgerichten handelt.

Abg. Stadthagen (soz.) beantragt, dem § 91 folgenden Absatz hinzuzufügen: Die Entscheidung über eingereichte Klagen soll innerhalb 14 Tagen nach Eingang der Klagen erfolgen und dem Kläger bekannt gemacht werden. Ist die 14-tägige Frist ohne eine solche Entscheidung und Bekanntmachung verstrichen, so kann der Kläger verlangen, daß das Innungsſchiedsgericht an den Orten, wo Gewerkschaften bestehen, die und wo solche nicht bestehen, die ordentlichen Gerichte entscheiden. Dies Verlangen ist dem danach zuständigen Gewerkschafts- oder ordentlichen Gericht und dem Innungsſchiedsgericht schriftlich mitzuteilen. Der Antragsteller vertritt vor dem Antrag im Interesse der Befehlshaltung des Verfahrens.

Auf Antrag des Abg. Gause, der zwar mit der Tendenz des Antrags einverstanden ist, aber Bedenken gegen die Fristbestimmung hat, wird die Beratung über den Antrag vorläufig ausgesetzt, damit vorher noch eine Verhängung angeboten werden könne.

Abg. Söderſt soll die Entscheidung der Innung und Innungsſchiedsgerichte in Rechtskraft übergehen, wenn nicht binnen einer Woche von 10 Tagen eine Partei Klage beim ordentlichen Gericht erhebt.

Abg. Fischbeck (freiſ. Volksp.) beantragt einen Zusatz, wonach die Klage auch an die gewöhnlichen gewerblichen Schiedsgerichte gehen kann.

Die Abg. Auer und Gen. (soz.) wollen eine Notfrist von einem Monat (statt von 10 Tagen) bestimmt wissen.

Abg. Gause (Waldp.) erklärt sich für den Antrag Auer, der vom Abg. Stadthagen (soz.) begründet worden war und gegen den Antrag Fischbeck.

Der Antrag Fischbeck wird abgelehnt, der Antrag Auer angenommen.

Abg. Söderſt sollen die Innungen befragt sein, durch Beauftragte die Verhaltung der gewerblichen und handwerklichen Vorrichtungen in den zur Innung gehörigen Betrieben zu überwachen und von der Einrichtung der Betriebsräume und der für die Unterfunkt der Belegsche bestimmten Räume Kenntnis zu nehmen.

Von den Abg. Söderſt (Gen.), Jacobſen und Gen. (soz.) wird beantragt, die Klagen, welche die Befehlshalter industrieller oder fabrikmäßiger Betriebe sind, von der Ueberwachung auszuscheiden.

Der Antrag wird angenommen und mit dieser Aenderung § 94.

§ 100 handelt von den Zwangsinnungen. Es sollen gegeben werden, wenn die Mehrheit der beteiligten Gewerkschaften der Einführung des Beitrittszwanges zustimmt und wenn die Zahl der im Bezirk vorhandenen beteiligten Handwerker zur Bildung einer leistungsfähigen Innung ausreicht. Diese Voraussetzung kann gegeben sein, wenn zwar ein gewisses betriebsmäßig sind.

Die letzte Bestimmung beantragt Abg. Richter (freiſ. Volksp.) zu streichen. Dasselbe ist in der Vorlage der Regierung nicht vorhanden gewesen und erst von der Kommission eingefügt worden.

Handelsminister Bredel beantragt die Streichung dieser Bestimmung ebenfalls, es ist nicht der Befehl vorhanden, daß nicht leistungsfähige Innungen entstehen können. Nachdem sich auch die Abg. Söderſt (Gen.) und Wasserfmann (natl.) für die Streichung der Bestimmung erklärt haben, wird der Antrag Richter angenommen.

§ 100a bestimmt: Um festzustellen, ob die Mehrheit der beteiligten Handwerker der Einführung der Beitrittspflicht zustimmt, soll die höhere Verwaltungsbehörde die beteiligten Gewerkschaften durch persönliche Bekanntmachung oder besondere Mitteilung zu einer Aeußerung für oder gegen den Beitrittszwang auffordern.

Abg. Richter (freiſ. Volksp.) beantragt die Streichung der Worte „durch persönliche Bekanntmachung“ und den Zusatz: „Die Einführung gilt als abgelehnt, wenn nicht die Mehrheit der Klagen sich dafür erklärt.“

Abg. Söderſt (Gen.) bietet es bei den Beschließen der zweiten Lesung zu lassen. Die direkte Einleitung wird das Verfahren zu freiwillig und vertraulich gehalten. In vielen Orten genügt der Weg der Bekanntmachung vollkommen.

Abg. Dr. Mann (natl.) teilt mit, daß er für den Antrag Richter ein. Beide die Beschneidung durch Bekanntmachung zugelassen, dann nicht es eine reine Kritik, daß die Mehrheit der Beteiligten sich für die Beitrittspflicht ausgesprochen hat. Ein Teil der Beteiligten hätte dann oft genug gar keine Kenntnis von dem Plane, eine Zwangsinnung zu bilden.

Abg. Gause (Waldp.): Die Bekanntmachung genügt. Wer nicht erscheint, dokumentiert damit, daß er kein Interesse an der Abstimmung hat.

Abg. Richter (freiſ. Volksp.): Eine wirkliche Mehrheit für die Zwangsinnung (wie vor Nichts) wird erreicht, wenn die Einleitung nur durch Bekanntmachung erfolgt.

Der Antrag Richter wird mit drei zweifelhafte Mehrheit abgelehnt (Rufe links: Wohl) und § 100a unbeeändert angenommen, ebenso die §§ 100b bis 100e.

Ausland.

America. - Kuba und die Vereinigten Staaten. Der Daily Chronicle-Korrespondent in Washington meldet, die Vereinigten Staaten von Amerika würden von Spanien verlangen, daß es Kuba vollständig und absolute Autonomie gebe. Auf das Verlangen von Reformen werde Mr. Kinsley nicht mehr hören; Spanien solle seine Truppen zurückziehen, und die Kubaner sollen ihre eigenen Gesetze machen, die Steuern selbst erheben und die Ausgaben kontrollieren. Spanien dürfe nur eine finanzielle Souveränität ausüben. Bewilligt Spanien dies nicht, so folge eine Intervention Amerikas, das bei der Streitfrage als Faktor anerkannt werden müsse. Der Krieg habe den amerikanischen Kaufleuten Millionen gekostet. Amerika sei auch moralisch verpflichtet, dem barbarischen Kriege ein Ende zu machen. Mr. Kinsley glaube, daß es schließlich zur Annexion Kubas kommen werde.

- Eine einheitliche Republik von Zentralamerika ist in der Bildung begriffen. Am 15. Juni ist in Guatemala laut einer Veröffentlichung des dortigen Amtsbüros von den Bevollmächtigten der bisher aus Honduras, Nicaragua und San Salvador bestehenden „Größeren Republik von Zentralamerika“ mit den Vertretern von Costa Rica und Guatemala ein Vertrag unterzeichnet worden, wodurch nach ausnahmsweise aller fünf Staaten eine einheitliche Republik von Zentralamerika gebildet wird. Die Genehmigung durch die Parlamente soll bis zum 15. September d. J. erfolgen.

Politisches und Gerichtliches.

§ Genosse Kuanz Diebl, früher Redakteur der Vorkühler Volksstimme, kam am Dienstag das Landesgefängnis in Quidam verlassen. Er hat 16 Monate verbüßt wegen Majestätsbeleidigung, Verhöhnens und Mißhandlung. Der Satz: Justitia fundamentum regnorum folgte ihm allein ein volles Jahr. Möge ihr Genosse bald wieder erholen.

§ Die Polizei bestreitet, daß sie in der Wohnung des Genossen Fr. Bahle 9 unbedeutende Sammelstellen vom Tischstreich. Weitere Nachforschungen fanden im Bürgerhaus statt.

§ In Dessau wurden die Genossen Mänow und Welter wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Weidner zu 6 bzw. 30 Mark Strafe verurteilt. Wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen einschließlicher einer Verordnungsung von Staatsrenten angeklagt worden, doch blieb nur eine kleine Beleidigung übrig.

§ Die Briefpost ist verhängt über alle Korrespondenzen und Postsendungen, die aus 11 an die Schwebische Tagewacht in Stuttgart abgehen. Sie wandern als Amtsgericht und werden hier geleitet.

Parteiangelegenheiten.

- Parteiliteratur. In der gegenwärtigen Diskussion über die Beteiligung der Parteigenossen an den Landtagswahlen empfehlen wir den Genossen das Studium der von die Genossen bereits früher erschienenen Broschüren: „Webel, Das allgemeine Stimmrecht und die Sozialdemokratie“ (20 Pf.), in welcher namentlich die jüngste Geschichte der deutschen Reichstagswahlen eingehend und scharfsinnig dargestellt ist, und „Schwappert, Fort mit dem Dreifachen Wahlrecht“ (20 Pf.), eine Kritik, die zugleich eine kurze Geschichte der Entwicklung des politischen Lebens in Preußen seit dem Jahre 1848 ist. Beide Schriften sind durch die Volkshandlung zu beziehen.

Zur Arbeiterbewegung.

- Für Maurer. Das Protokoll über den Mitte März abgehaltenen Verbandstag der sozialistischen Maurer Deutschlands ist erschienen und trotz der 164 Seiten Umfang für 20 Pf. zu haben.

- Die Erbsenarbeiter am Bahnbau in Nachschleswig streiten bereits Bestätigung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden.

- In Nordsteden stehen noch 16 Töpfer im Streik. 17 Töpfer arbeiten an den geordneten Bedingungen und 6 sind abgezogen.

- Die Zimmerleute in Bochum beschließen zu kämpfen, wenn ihnen nicht der Gehaltsantrag und 42 Pf. Stundenlohn bewilligt wird.

- Die Zimmerer in Ludwigshafen in der Rheinpfalz haben den von ihnen eingereichten neuen Tarif bewilligt bekommen. Darnach beträgt der Stundenlohn für über 20 Jahre alte Zimmerer nicht unter 41 Pf. und für Junggelehrten mindestens 38 Pf., ferner ist für Ueberhunderd anhalt 10 Pf. Zuschlag ein solcher von 15 Pf. zu zahlen.

- Der Maurerstreik in Altenburg ist durch Vergleich beendet. Am Montag beschloß eine Maurer-Versammlung die Aufnahme der Arbeit unter folgenden, von der Versammlung der Bauerschaften der Stadt Altenburg genehmigten Zugeständnissen: 10 1/2 stündige Arbeitszeit von morgens 6 bis abends 6 1/2 Uhr mit 1 stündiger Mittags- und 1/2 stündiger Frühstüch- und Vesperpause; 36 Pf. Höchsthon vor Stunde ohne Feststellung eines Mindestlohnes; Bildung eines Gesellenauschusses auf Grund der Statuten der Altenburger Bauergewerkschaft.

- Der Töpferstreik in München nimmt einen sehr günstigen Verlauf.

- Von den Bauarbeitern in Leipzig sind 341 zum Streik gemeldet. 33 Mann sind abgereist und 114 Mann arbeiten zu dem geforderten und bewilligten Lohne bei neunstündiger Arbeitszeit.

Situationsbericht über den Bergarbeiterstreik.

Die Bewegung gewinnt größeren Umfang, als man Anfangs gedacht. Auch die Riebeckischen Montanwerke sind jetzt davon ergriffen. Auf Grube Paul bei Ludau, von der am Sonntag mehrere Arbeiter vom Streik abgezogen haben, ist Mittwoch früh der Streik ausgebrochen, der die ganze Belegschaft umfaßt. Es sind 350 Mann im Auslande, etwa vierzig Mann arbeiten. Auf Grube Emma in Strecken wurde am Dienstag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem bereits am Montag bereits eingestellt war, weil die Direktion meinte, daß sie nur nach Wiederabnahme der Arbeit mit der Belegschaft verhandeln würde. Als dies aber geschehen war, und der Obersteiger erklärte, daß der Direktor sich noch nicht angewandt habe, stellen beide Schichten am Mittwoch früh die Arbeit wieder ein. Obwohl verriet, daß die Direktoren sich überhaupt nicht an Verhandlungen einließen wollen. Von anderer Seite wird dem widersprochen. Ein großes Gendarmereiaufgebot ist in

die Gegend bei Strecken, Ludau etc. verlegt worden, die Bergleute verhalten sich jedoch durchaus so, daß zu irgend einem Ausschreiten kein Anlaß gegeben wird. So ist die Arbeiterschaft in dem ganzen hiesigen Bezirk diszipliniert, daß sie weiß, was sie in solchen Fällen zu thun hat.

Am Mittwoch nachmittag um 3 Uhr fand eine Versammlung in Ludau statt, die von 600 Arbeitern besucht war. Der große Saal war überfüllt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Stand der Bewegung. In Betrach kommen für diese Versammlung kommt die in der Belegschaft Ludau organisierten Mitglieder, für die zuerst ein Verzeichnis über die im Auslande sich befindenden aufgenommen wird. Danach sind im Auslande in dieser Belegschaft 182 Mitglieder mit 481 Kindern und 57 ledige Mitglieder. In Arbeit befinden sich noch 164 Mitglieder. Ueber den Stand der Bewegung spricht der Bergmann Sirsch aus Beibau. Er teilt mit, daß auf den Riebeckischen Montanwerken die kleinen Zugmaschinen, die zuerst gemacht sind, zurückgegeben sind. Das hat dazu geführt, daß heute die Arbeit auf Grube Paul eingestellt ist. Sollte man diese Manipulationen früher gemacht, dann hätte der Streik schon am Montag begonnen. Es steht aus zu erwarten, daß sich das Riebeckische Gebiet der Bewegung anschließt. Redner geht dann auf die belanzten Thatsachen ein, die die Bergarbeiter zur Arbeits Einstellung getrieben haben. Auf die Forderungen ist ihnen gleichsam ein Döhrige gegeben worden, da mußte man sich natürlich wehren. Namentlich tritt das bei den Bergarbeitern sehr hervor. Wenn die ersten der Reihe den friedlichen Weg einschlagen wollte, wird hoffentlich baldige Beilegung der Bewegung, wenn alles still bleibt. Die in Ludau gemachte Streikkommission hat die ganze Angelegenheit in die Hand genommen. Keiner ist der Meinung, daß man nicht alle Forderungen aufrecht zu halten hat, da ja die ersten Forderungen auch abgelehnt sind. Wenn die Streik so nicht wollen, nun, dann muß es anders gemacht werden. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erläutert kurz aber eingehend die Forderungen unter lebhafter Zustimmung. Er betont dann weiter, daß bei dieser Bewegung niemals sozialdemokratische Einflüsse vorhanden waren, denn jeder wollte die nötige Ruhe bewahren. Wie wird sich nun die Arbeiterschaft des Reichslands zu unterm Streik stellen? Die Bewegung ist überall in Deutschland bekannt und hofft Redner, daß die sozialistische Unterfertigung der gesamten Arbeiterschaft auch in dieser Bewegung sich. Und wenn sich nun alles trenn und sich verhält, wenn keiner sich zum Streik beider bezieht, und wenn jeder noch die nötige Ruhe bewahrt, dann muß der Sieg unterm Streik verheißt. Bravo.

In der Diskussion wird die Lage der Bergarbeiter eingehend geschildert. Die Diskussioner sind ebenfalls der Ansicht, daß man die alten Forderungen aufrecht zu erhalten hat. Namentlich ist die Achtstundentage durchführbar, es brauchen ja nur 3 Schichten, und der jetzt vorhandenen 8 Schichten Lager- und Nachschicht) eingestellt werden, so können die Arbeiter nur noch profitieren. Was ist die Arbeitgeber aber nicht notwendig werden die höchsten Gehältern ansetzen werden. Im weiteren wird angeführt, daß speziell die Zulagen auf den Riebeckischen Werken die Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern herbeigeführt haben. Wären diese nicht erfolgt und wäre ferner die Beilegung nicht mit dem Streik gekommen, so wäre in der Beilegung Vermittlung an anderer Verfassung gemacht worden. Die Zurücknahme ist ebenfalls deshalb erfolgt, weil wahrscheinlich in Halle Generaldirektoren dem Bergart Schröder Vorwürfe gemacht haben.

Nach längerer Aussprache hierüber wird die Streikkommission um 8 Uhr abends verhandelt die den Riebeckischen Werken anzuwenden. Angenommen wird, daß Mittwoch abend Grube 522 nicht angefahren ist und die übrigen Werke in der Arbeitsunterbrechung folgen.

Mittwoch abend 9 Uhr fand in Zeitz eine öffentliche Versammlung der Bergleute statt. Auch hier referierten die Kamraden Sirsch und Knabbe. Die Versammlung hatte ungefähr denselben Verlauf und Inhalt wie die in Ludau. Namentlich wurde in Betreff, daß am Abend thausend die Grube 522 in Streik getreten ist. Es sind also jetzt etwa 2000 Mann im Auslande. Ferner wurde mitgeteilt, daß am Nachmittage der Generaldirektor Knauer in Ludau mit der Streikkommission verhandelt hat. Über auch die Verhandlung hat sich geschieden, weil man den Bergleuten eher nicht bewilligen will. Die Arbeiter haben also das Mögliche gethan, um den Kampf zu verhindern, ist das nicht gelungen, so tragen die Arbeiter dafür nicht die Verantwortung.

Lokales und Provinzielles.

Falle a. Z. 24. Juni 1897.

* **Bergart und Bergmann.** Mit gläubiger Vertrauen blieben die Bergleute noch am Sonntag auf den Bergart Schröder in Halle, den Leiter der Riebeckischen Montanwerke. So groß war ihr Vertrauen, daß sie auf die bloße Aufklärung hin, es werde eine angemessene Lohnerhöhung eintreten, sich von ihnen in den Streik tretenden Kameraden trennten und lieber den Verzicht auf sich nahmen, Verriäter zu sein, als das Entgegenkommen des Herrn Schröder zu täuschen. Und wie ist ihnen das Vertrauen gelohnt worden. Alles ist wieder zurückgezogen, nichts ist bewilligt worden. Herr Schröder hat sich dem Einflusse der andern Grubenverwaltungen begeben. Ihnen gegenüber, mit denen die Riebeckischen Montanwerke im steten Konkurrenz-Kampfe leben, führt er größere moralische Verpflichtungen, als den treuen Arbeitern gegenüber, die unter Dranglegung ihrer Gewahrsam und ihres Lebens Jahrzehnte lang für ihn ausschaffte und erst im vergangenen Geschäftsjahre noch einen R. in gemessen von fast 1 1/2 Millionen Mark erhascht haben. Das ist der Dant des Herrn Schröder gegen seine Arbeiter! Und nun glaube einer noch an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit! Wie viele Wandlungen hat Herr Schröder in den letzten vierzehn Tagen durchgemacht! Erst geht er in einem mehrstündigen Gespräch mit einer Arbeiterdeputation dieser zu, daß ihre Forderungen erfüllbar seien, namentlich die Achtstundentage. Dann spricht er sich in der geheimen Konferenz aller Grubenverwaltungen am Abend des 16. d. wiederum für entgegenkommene Haltung aus. Trägheim unterschreibt er noch am gleichen Abend die schrift abgelehnte Antwort. Am 18. und 19. verpricht er dagegen den Leuten auf Grube „Paul“ wiederum eine Lohnerhöhung auf 400 M. bez. 3.60 M. Treu standen deshalb am Sonntage die Belegschaften der Montanwerke auf seiner Seite. Nicht um des vermeintlich erlangten persönlichen Vorteils willen, sondern, wie ausdrücklich erklärt wurde, weil man ihm zeigen wollte, daß man kein Entgegen-

kommen nicht mit Unbunt lohnen werde, und weil man wünscht, daß den andern Grubenverwaltungen die Schamröthe ins Gesicht steige“, wenn sie sehen, wie treu die Arbeiter dort stehen, wo ihnen wenigstens einige Fremdbillichkeit erwiesen wird. Und nun ist doch alles nichts! Herr Schröder hat alles zurückgenommen, nichts wird gewährt, die Hingebung der Arbeiter hat ihnen dieselbe Behandlung eingehandelt, die auch der andern „Kanäle“ zu teil wird. Wohl! Herr Schröder hat sich dadurch das Vertrauen der Arbeiter für immer verlohrt. Ist das Vertrauen der Arbeiter ein so wertvolles Gut, das man glaubt, es so leichtig weggeben zu können? Doch vielleicht ist's gut so. Die Arbeiter müssen, sie gehen abgesetzt zu ihren Lebensgefährten. Dieses Bewußtsein in allen Bergleuten gefestigt zu haben, ist das Verdienst des Herrn Schröder Schröder.

* **Der Magistrat** hat sich wiederum bereit erklärt, eine Vereinssteuer einzusetzen zu lassen. Wie er nämlich die Kirchensteuer für die evangelischen Kirchengemeinden festsetzen läßt, so hat er sich bereit erklärt, dieselbe Entgegenkommen auch der katholischen Gemeinde zu erweisen. Er nimmt dafür nur 2 Proz. des Einkommens. Da noch für viele andere Vereine das Einkommen der Mitgliedsbeiträge mit allerlei Schwierigkeiten verbunden ist, mögen sie sich nun vertausen aus an den Magistrat wenden und ihn gleichfalls um Einstellung der Vereinssteuer ersuchen. Sie können getrost 10 Proz. hingeben und werden dabei noch ein hübsches Geschäft machen.

* **Vor der Felling und nach der Felling.** In der Angestellten Ziegelei zu Trotha verunglückte Anfang August vorigen Jahres der Arbeiter Heinrich dadurch, daß er infolge mangelnder Schutzvorrichtung mit dem rechten Beine in die Trowalzen geriet. Das Bein wurde vollständig zermalmt, so daß es abgenommen wurde. Den Eltern des Verunglückten versicherte der Protokollist der Firma, Herr Zwanziger, wenn Heinrich wieder geheilt wird, werde für sein späteres Fortkommen gesorgt werden. Nach langem Krankenlager wurde Heinrich mit einem Stelzbein aus der Krankenanstalt entlassen. Die Berufs-genossenschaft bewilligte ihm eine Rente von 70 Proz., was monatlich 30.75 M. ausmacht. Da Heinrich schon früher mit der rechten Hand unglücklich gehrt hat, ist er völlig erwerbsunfähig, und von der Rente allein kann er natürlich nicht leben. So bot er sich, eingehend der einseitigen Zuficherung des Protokollisten, vorige Woche wieder zur Arbeit an. Er wurde auch angenommen und zwar sollte er die neuen Steine verlegen, eine Arbeit, die mit fünf Pfennig pro Tausend Steine bezahlt wird. Bei seinem Zustande konnte Heinrich aber höchstens 10000 Steine täglich verlegen, so daß er sich auf 50 Pf. pro Tag stand. - Es hatte sich die Sorge für sein späteres Fortkommen ein wenig abgerichtet.

* **Der Geschworene** Fabrikdirektor Hiemann von der Anstalt in Schwelm, der in gestriger Schmutzgerichtssitzung mit Juridike, hat sich erkönnen. Anwaltlicher von Vere überbrachte dem Gericht vor Beginn der Sitzung die Mitteilung.

* **Ueber die Gerberstraße** werden die alten Klagen laut. Sie hört an heißen Tagen an der Ausmündung des Kanals ein Dünstchen aus das weht, der in gestriger Schmutzgerichtssitzung mit Juridike, hat sich erkönnen. Anwaltlicher von Vere überbrachte dem Gericht vor Beginn der Sitzung die Mitteilung.

* **Den rechten Arm ausgefittelt** hat sich der Handelsmann Klose im letzten Weite. Er griff als er sich auf eine Stuhllehne setzen wollte, fest und jagte sich dabei den Arm aus.

* **Einen Armbruch** am rechten Ellenbogengelenk so hat die sechsjährige Tochter des Tischlermeisters Kirchhof so, als sie auf den Vorterrasse von einem Holzapfen stürzte.

* **Sommertheater.** „Bismarck verheiratet“, Schwank in 3 Akten und „Der Privat Detektiv“, Scherz in 1 Akt, nennen sich die beiden Stücke, welche am Donnerstag, den 24. d. M. am Sommertheater zur Aufführung kommen, um zum überaus angenehmen Licht der Lampen zu erlöden. Der Verfasser beider Stücke, Herr Regisseur Fritsch-Rudolf, hat je zugleich zu seinem Besten gewandelt und sind dieselben auch schon, wie uns mitgeteilt wird, für die künftige Winter-Saison an einer ersten Berliner Bühne zur Aufführung in Aussicht genommen.

* **Zeits.** Einen komischen Kauz muß die Zeitzer Zeitung als Berichterstatter haben. In dem Referate über die Bergarbeiterversammlung am Sonntag kommt er darauf zu sprechen, daß Genosse H. Ziele u. a. erwähnte, wie grunbevolgen einige bürgerliche Blätter über das berichtet hätten, was er acht Tage zuvor in Zeitzern gesagt habe. Bejahter komischer Kauz glaubt die Zeitzer Zeitung dem erbelegten zu können, daß er schreibt: „Man möge nur den bürgerlichen Zeitungen mit jactanten, worderbegetrennen und unangefährten Berichten dienen, dann wird jederzeit dafür gesorgt werden, daß dieselben eine Weiterentwicklung finden.“ Das ist doch originell! Der Späßvogel glaubt also von sozialdemokratischen Arbeitern verlangen zu dürfen, daß sie an bürgerliche Blätter Berichte einschicken. Tausen sie das nicht, dann haben seiner Meinung nach die Blätter das Recht, die Welt anzulügen. Diese neue Logik entwarfenn den Born so vollständig, daß die folgende Leistung deselben Kupfens unformuliert wiedergegeben ist. Nachdem er nämlich großmütig zugestanden hat, daß das Los der Grubenarbeiter kein beneidenswertes und ihnen ein Recht zur Verbesserung ihrer Lage nicht abzupreisen ist, - wie fuß von dem genauen Mann! - fährt er dann fort: „Aber erzieht sich aber ist der Weg zur Erreichung dieses Zieles, so lange er ein Machwerk der Sozialdemokratie einschicken mehr erziehen.“ - Laß! Euch umarmen, herrlicher Mann!

* **Zeig.** Im Sonnabend abend hatte das Generalkonferenzamt eine öffentliche Versammlung im Gittern Bild abgehalten, in der der Bericht über die Tätigkeit des Komitees im vergangenen Jahre

Bedeutende Preisermässigung für Damen- u. Mädchen-Mäntel, Jackets, Kragen, Blusen, Costumes, Jupons, Kleiderstoffe.
Reste, um damit zu räumen, besonders billig.
Prummer & Benjamin, gr. Ulrichstr. 23.

